

Entlastung für Beitragszahler

Sozialversicherungen. Zwar steigt zum Jahreswechsel der Höchstbeitrag zu den gesetzlichen Sozialversicherungen. Weil aber die Rentenkasse überläuft und deshalb der Beitragsatz sinken kann, winkt dem Gros der Beitragszahler unterm Strich eine Entlastung.

Wer gesetzlich sozialversichert ist, zahlt Monat für Monat einen festen Prozentsatz von seinem beitragspflichtigen Einkommen an die Rentenkasse, an die Bundesagentur für Arbeit und an seine Krankenkasse.

Anders als im Steuersystem gibt es in der Sozialversicherung aber eine Beitragsbemessungsgrenze. Alles, was darüber hinaus verdient wird, muss zwar versteuert werden, bleibt aber von Beiträgen verschont.

Bei genauerem Hinsehen ist eine solche Kappung sinnvoll:

- **Rente:** Das gesetzliche Altersgeld ist eine beitragsbezogene Leistung. Wer während seines Erwerbslebens hohe Beiträge entrichtet hat, der erhält folglich im Alter eine hohe Rente. Würden nun auch Entgeltbestandteile jenseits der Bemessungsgrenze der Beitragspflicht unterworfen, dann erhielten Besserverdiener im Alter eine noch höhere Rente – mit der Folge, dass die Schere zwischen hohen und niedrigen Renten noch weiter als ohnehin schon auseinanderklafft.

- **Krankenversicherung:** Das gesetzliche Gesundheitssystem leidet unter anderem daran, dass zwischen dem Beitrag und den Kosten des Versicherungsschutzes kein Zusammenhang besteht. Mit dem Wegfall der Beitragsbemessungsgrenze würde dieser steuerähnliche Charakter weiter verstärkt, statt Anreize zu einem kostenbewussten Umgang mit knappen Mitteln zu setzen.

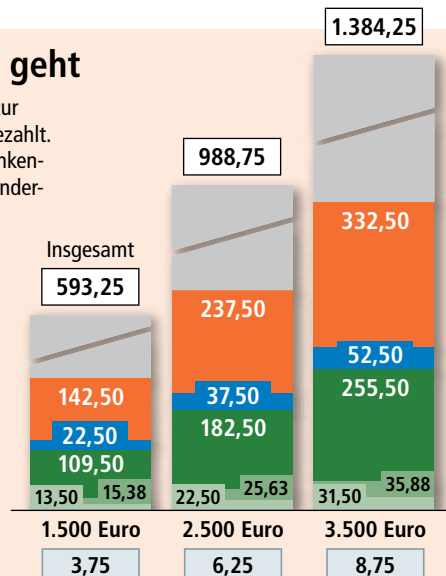
Während höhere Bemessungsgrenzen dazu führen, dass bei →

Was an die Sozialkassen geht

Die Sozialversicherungsbeiträge werden je zur Hälfte von Arbeitnehmer und Arbeitgeber gezahlt. Nur den Sonderbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung sowie den Zusatzbeitrag für Kinderlose übernimmt der Arbeitnehmer allein.

So viel Euro zahlt ein Arbeitnehmer mit diesem monatlichen Bruttogehalt ab dem Jahr 2013 pro Monat

- Arbeitgeberbeitrag
- Gesetzliche Rentenversicherung
- Arbeitslosenversicherung
- Gesetzliche Krankenversicherung
- Soziale Pflegeversicherung
- Sonderbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung
- Zusatzbeitrag Kinderlose



Arbeitgeberbeitrag ohne Beitrag zur gesetzlichen Unfallversicherung; Zusatzbeitrag zur sozialen Pflegeversicherung für Kinderlose ab einem Alter von 23 Jahren; Ursprungsdaten: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien · iwv 41

Inhalt

Kraftstoffe. Seit 1999 hat sich der Rohölpreis verzehnfacht. Dieser Trend ist auch für die gestiegenen Kraftstoffpreise verantwortlich – und nicht die Willkür der Mineralölkonzerne.
Seite 3

Welternährung. Ein beträchtlicher Teil der Weltbevölkerung hungert. Die steigenden Getreidepreise und die wachsende Bio-Kraftstoffproduktion verschärfen das Problem zusätzlich.
Seite 4-5

Berliner Gespräche. Am 26. September diskutierte IW-Direktor Michael Hüther mit weiteren Experten über Ursachen, Wirkungen und Grenzen des Wirtschaftswachstums.
Seite 6-7

Alleinerziehende. Die PISA-Ergebnisse belegen, dass insbesondere die Kinder von Alleinerziehenden von einem längeren Kindergartenbesuch profitieren.
Seite 8

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Präsident:
Dr. Eckart John von Freyend
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen in Deutschland

Sozialversicherungsbeiträge 2013

Wer sich bei einer privaten Krankenversicherung absichern will, der muss von der Versicherungspflicht im gesetzlichen System befreit werden. Voraussetzung ist, dass das regelmäßige sozialversicherungspflichtige Entgelt im Jahr 2013 über der Versicherungspflichtgrenze von 52.200 Euro liegt.

	Höchstes beitragspflichtiges Monatseinkommen		× Beitrag in Prozent		= Höchstbeitrag in Euro pro Monat	
	2012	2013	2012	2013	2012	2013
Westdeutschland						
Rentenversicherung	5.600	5.800	19,6	19,0	1.097,60	1.102,00
Arbeitslosenversicherung	5.600	5.800	3,0	3,0	168,00	174,00
Ostdeutschland						
Rentenversicherung	4.800	4.900	19,6	19,0	940,80	931,00
Arbeitslosenversicherung	4.800	4.900	3,0	3,0	144,00	147,00
Bundesweit						
Krankenversicherung	3.825	3.937,50	14,6	14,6	558,45	574,88
zuzüglich Arbeitnehmer- sonderbeitrag	3.825	3.937,50	0,9	0,9	34,43	35,44
Pflegeversicherung	3.825	3.937,50	1,95	2,05	74,59	80,72
Sozialabgaben insgesamt einschließlich Sonderbeitrag der Arbeitnehmer zur Krankenversicherung						
Westdeutschland			40,05	39,55	1.933,07	1.967,04
Ostdeutschland					1.752,27	1.769,04

Höchstbeitrag: Arbeitnehmer- plus Arbeitgeberbeitrag; Sozialabgaben insgesamt: ohne Beitrag der Arbeitgeber zur gesetzlichen Unfallversicherung, ohne Sonderbeitrag der kinderlosen Arbeitnehmer zur sozialen Pflegeversicherung in Höhe von 0,25 Prozent; Beitragssätze: für die gesetzliche Rentenversicherung wird die Beitragssatzanpassung nach aktuellem Rechtsstand unterstellt; Ursprungsdaten: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bundesregierung

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - iwvd 41

→ unveränderten Beitragssätzen die Gutverdiener und deren Arbeitgeber tiefer in die Tasche greifen müssen, profitieren alle Beitragszahler von sinkenden Sätzen. Und das ist im nächsten Jahr erfreulicherweise der Fall (Tabelle):

Die Bundesregierung erhöht zwar den Beitragssatz zur sozialen Pflegeversicherung zum Jahreswechsel um 0,1 Punkte auf 2,05 Prozent, dafür soll der Beitragssatz zur Rentenversicherung aber von 19,6 auf 19 Prozent sinken.

In Beiträgen ausgedrückt heißt das (Grafik Seite 1): Wer 3.500 Euro pro Monat verdient, muss von seinem Gehalt rund 708 Euro Arbeitnehmerbeitrag für die Sozialkassen abknapsen. Auch sein Arbeitgeber legt jeden Monat noch einmal mehr als 676 Euro drauf.



Nachgefragt +++ Nachgefragt +++ Nachgefragt +++ Nachgefragt +++

Nachgefragt bei Dr. Jochen Pimpertz, Rentenexperte im Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Regierung und Opposition wetteifern um das richtige Konzept gegen Altersarmut. Doch was ist dran an den Gerechtigkeitsvorstellungen, die hinter Zuschussrente oder der Solidarrente stehen?

1. Warum schützt die gesetzliche Rente angeblich nicht vor Altersarmut?

Um Missverständnisse zu vermeiden – bei einem Vollzeitbeschäftigten tut sie das und sie wird es in der Regel auch künftig können. Aber der demografische Wandel zwingt uns, die Alterssicherung nicht mehr allein auf die umlagefinanzierte Säule zu stellen, sondern auch die betriebliche und private Vorsorge einzubinden.

2. Damit werden die aktuellen Beitragszahler aber doppelt belastet – Rentenbeiträge und Privatvorsorge.

Richtig, allerdings leisten auch die Rentner einen Beitrag, weil die jährliche Rentenanpassung geringer ausfällt als zu früheren Zeiten. Doch auch wenn die Beitragszahler heute doppelt gefordert sind, weil sie neben der Beitragszahlung zusätzlich Kapital ansparen müssen, gibt es keine Alternative. Denn ein Zurück zu einer gesetzlichen Rente, die wie früher den Lebensstandard sichert, lässt sich nur auf Kosten der nachfolgenden Genera-

tionen finanzieren. Dass die aber auch dann noch mitspielen, wenn weiter steigende Beitragslasten ihre Beschäftigungs- und Einkommenschancen zunehmend beschränken, muss bezweifelt werden.


3. Wer ein Leben lang in die Rentenkasse eingezahlt hat, muss im Alter mehr rausbekommen als jemand, der nie in die Rentenkasse eingezahlt hat – oder nicht?

Diese Gerechtigkeitsvorstellung führt in die Irre. Denn an der Grenze zur Grundsicherung beißen sich zwei Prinzipien: Während die Rente leistungsbezogen ist, also jemanden belohnt, der lange und viel eingezahlt hat, fragt die Grundsicherung bewusst nicht nach der Erwerbsbiografie. Sie soll bei Bedürftigkeit ein „menschenwürdiges Auskommen“ sichern, unabhängig von der Lebensleistung. Die Menschenwürde lässt sich aber nicht danach unterscheiden, ob und wie lange jemand Rentenbeiträge eingezahlt hat.

4. Die SPD setzt auf die Solidarrente. Ist das eine Alternative?

Nein, die Solidarrente ist nichts anderes als die Zuschussrente, nur mit schwächeren Zugangsvoraussetzungen. Das führt übrigens nach Berechnungen des Bundesarbeitsministeriums dazu, dass sich die Kosten, die bei der Zuschussrente ursprünglich auf bis zu 3,5 Milliarden Euro im Jahr 2030 veranschlagt wurden, beim SPD-Konzept verdreifachen.

Ölpreis ist das Maß der Dinge

Kraftstoffe. Seit dem Jahr 1999 hat sich der Rohölpreis an den internationalen Handelsplätzen verzehnfacht. Diese Entwicklung ist auch für die gestiegenen Kraftstoffpreise verantwortlich – und nicht etwa die Willkür der Mineralölkonzerne. 

Es ist ein Stück aus der Reihe „Same procedure as every year“: Immer dann, wenn sich die Autofahrer in die Osterferien oder in den Sommerurlaub aufmachen, steigen die Benzinpreise – und Bundesbürger, Boulevardmedien sowie der ADAC werfen den Mineralölkonzernen unisono „Abzocke“ vor. Und überhaupt: Auch außerhalb der Ferienzeiten scheinen die Benzinpreise seit Jahren nur eine Richtung zu kennen – nach oben.

Doch so einfach ist es nicht. Zunächst gilt es festzuhalten, dass die Kraftstoffpreise in Deutschland vor allem durch Abgaben an den Staat bestimmt werden:

Von den 1,63 Euro, die ein Liter Superbenzin in Deutschland im Juli 2012 durchschnittlich kostete, entfielen fast 92 Cent auf Mineralöl- und Mehrwertsteuer.

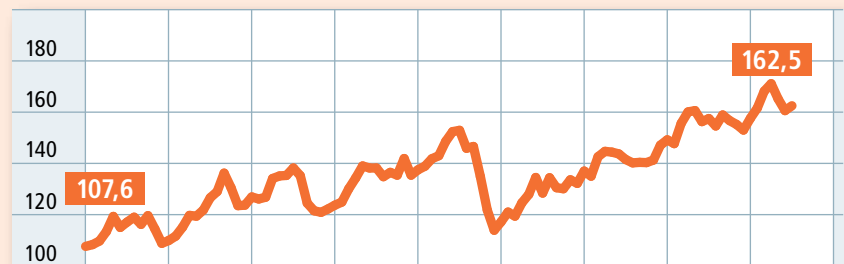
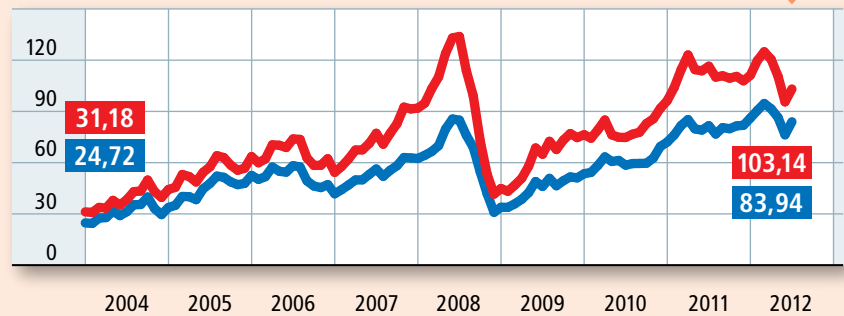
Das, was die Tankstellenbetreiber für die eingekauften Kraftstoffe bezahlen müssen, schlägt sich demnach nur zu einem kleineren Teil in den Spritpreisen nieder.

Dennoch folgt deren Entwicklung letztlich ziemlich genau dem Trend des Rohölpreises an den internationalen Märkten. Da der Ölpreis in Dollar notiert wird, spielt zudem dessen Wechselkurs zum Euro eine Rolle. Der Verlauf dieser beiden Einflussgrößen beschreibt weitestge-

Benzinpreis: Im Auf und Ab des Ölpreises

Monatliche Durchschnittspreise

■ Brent-Rohöl in Dollar je Barrel ■ Brent-Rohöl in Euro je Barrel ■ Superbenzin in Eurocent je Liter



Barrel: 159 Liter; Preis für Superbenzin: bundesweiter Durchschnitt
Ursprungsdaten: Europäische Zentralbank, Mineralölwirtschaftsverband, Weltbank

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - wvd 41

hend auch die Schwankungen des Benzinpreises (Grafik):

Im März 2012 beispielsweise erreichte der Ölpreis sein bisheriges Hoch von umgerechnet knapp 95 Euro je Barrel – kurz darauf stieg der Preis für Superbenzin auf den Rekord von mehr als 1,70 Euro je Liter.

In den Wochen danach sind sowohl Öl- als auch Spritpreis erst einmal wieder gesunken.

Die schwankenden Notierungen an den Rohstoffbörsen machen sich ebenfalls an den Tankstellen bemerkbar. Denn Öl wird regelmäßig im Februar, November und Dezember billiger und verteuert sich vor allem im April, Mai und August – also gerade dann, wenn hierzulande die Osterreisewelle rollt oder der Sommerurlaub ansteht. Die Benzinpreise steigen dann also nicht etwa wegen der Willkür der Mineralölkonzerne in Deutschland. Vielmehr müssen auch die deutschen Tankstellen der Entwicklung des Weltmarkt-

preises für Rohöl folgen, die vor allem von der sich im Jahresverlauf ändernden globalen Nachfrage beeinflusst wird.

Der enge Gleichlauf von Öl- und Spritpreis lässt auch einen vorsichtig optimistischen Blick in die Zukunft zu. Demnach ist der von den Autofahrern befürchtete Sprung des Benzinpreises über die 2-Euro-Marke nur dann zu erwarten, wenn – bei stabilem Wechselkurs – der Ölpreis über 175 Euro je Barrel steigt. Dies ist jedoch mittelfristig unwahrscheinlich, sofern es nicht aufgrund kurzfristiger Krisen in den ölproduzierenden Staaten zu Lieferausfällen kommt.



aus IW-Trends
3/2012

Hubertus Bardt:
Was erklärt die Kraftstoffpreisentwicklung?
www.iwkoeln.de/trends

Welternährung 2012

Welthunger-Index

Ermittelt aus den Indikatoren Unterernährung, kindliche Unterernährung und Kindersterblichkeit, im Jahr 2011

- gravierend (≥ 30)
- sehr ernst (20,0–29,9)
- ernst (10,0–19,9)
- mäßig (5,0–9,9)
- wenig ($\leq 4,9$)
- keine Angaben
- Industrieland

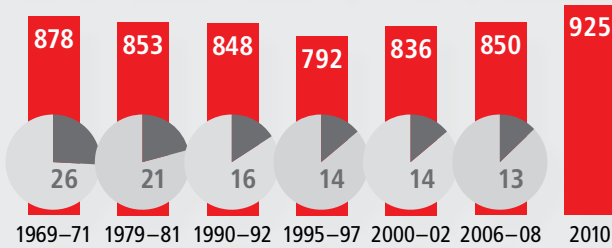
Quelle: Welthungerhilfe

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - iwd 41

Viele hungern

Unterernährte Menschen in Millionen ■ in Prozent der Weltbevölkerung



Quelle: FAO

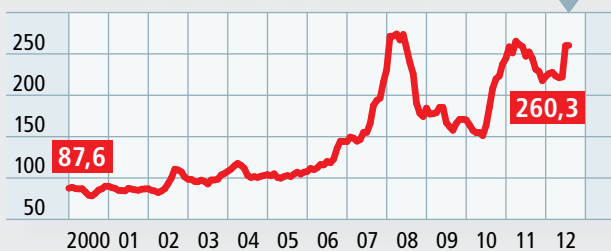
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - iwd 41

Weltweit sind mindestens 925 Millionen Menschen permanent schwer unternährt, jeden Tag sterben daran rund 57.000 Kinder, Frauen und Männer. Dabei gäbe es genug zu essen für alle: Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) hat berechnet, dass die weltweite Landwirtschaft derzeit nicht nur die aktuelle Bevölkerung von etwa 7 Milliarden mit Grundnahrungsmitteln versorgen könnte, sondern dass die Produktion sogar für 12 Milliarden Menschen ausreichen würde. Ausgerechnet dort, wo Lebensmittel angebaut werden – nämlich auf dem Land – leben etwa zwei Drittel aller Hungernden. Die meisten unterernährten Menschen gibt es in den Entwicklungsländern: 578 Millionen in Asien, 239 Millionen im südlichen Afrika, 53 Millionen in Lateinamerika, 37 Millionen in Nordafrika und im Nahen Osten. Doch auch in den Industrieländern wird gehungert: 19 Millionen Menschen haben in den reichen Ländern regelmäßig zu wenig auf dem Teller, um den nötigen Energiebedarf zu decken.

Lebensmittel: Getreidepreis stark gestiegen

Getreidepreisindex 2002–2004 = 100, Monatswerte



Quelle: FAO

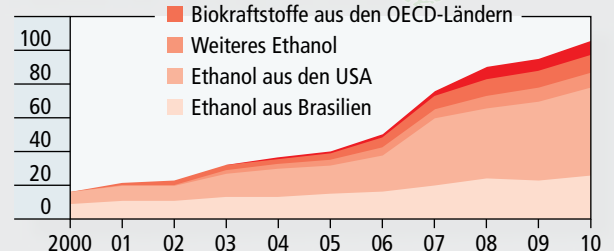
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - iwd 41

Die Dürre und die schlechten Ernten in den USA und in Russland haben die Getreidepreise auf dem Weltmarkt zuletzt stark nach oben getrieben. Allein zwischen Juli und August 2012 verteuerten sich Weizen und Mais um jeweils 20 Prozent. Die Deutsche Welthungerhilfe sieht den Anstieg der Lebensmittelpreise mit Sorge, da er die Ernährungslage in vielen armen Ländern verschlechtert – so etwa in der westafrikanischen Sahelzone und zum Teil auch in Ostafrika. Der Evangelische Entwicklungsdienst rät den Entwicklungsländern, die hohen Weltmarktpreise zu nutzen und wieder selbst verstärkt in den Getreide- und Reisanbau einzusteigen, um die Ernährung ihrer Einwohner zu sichern. Kenia oder der Senegal zum Beispiel importieren derzeit fast 60 Prozent ihres Getreides, weil die heimischen Produzenten schon vor langer Zeit den Anbau aufgegeben haben. Verdrängt wurden sie damals durch das konkurrenzlos billige – weil hoch subventionierte – Getreide aus den USA und der EU.

Globale Biokraftstoffproduktion

in Milliarden Liter

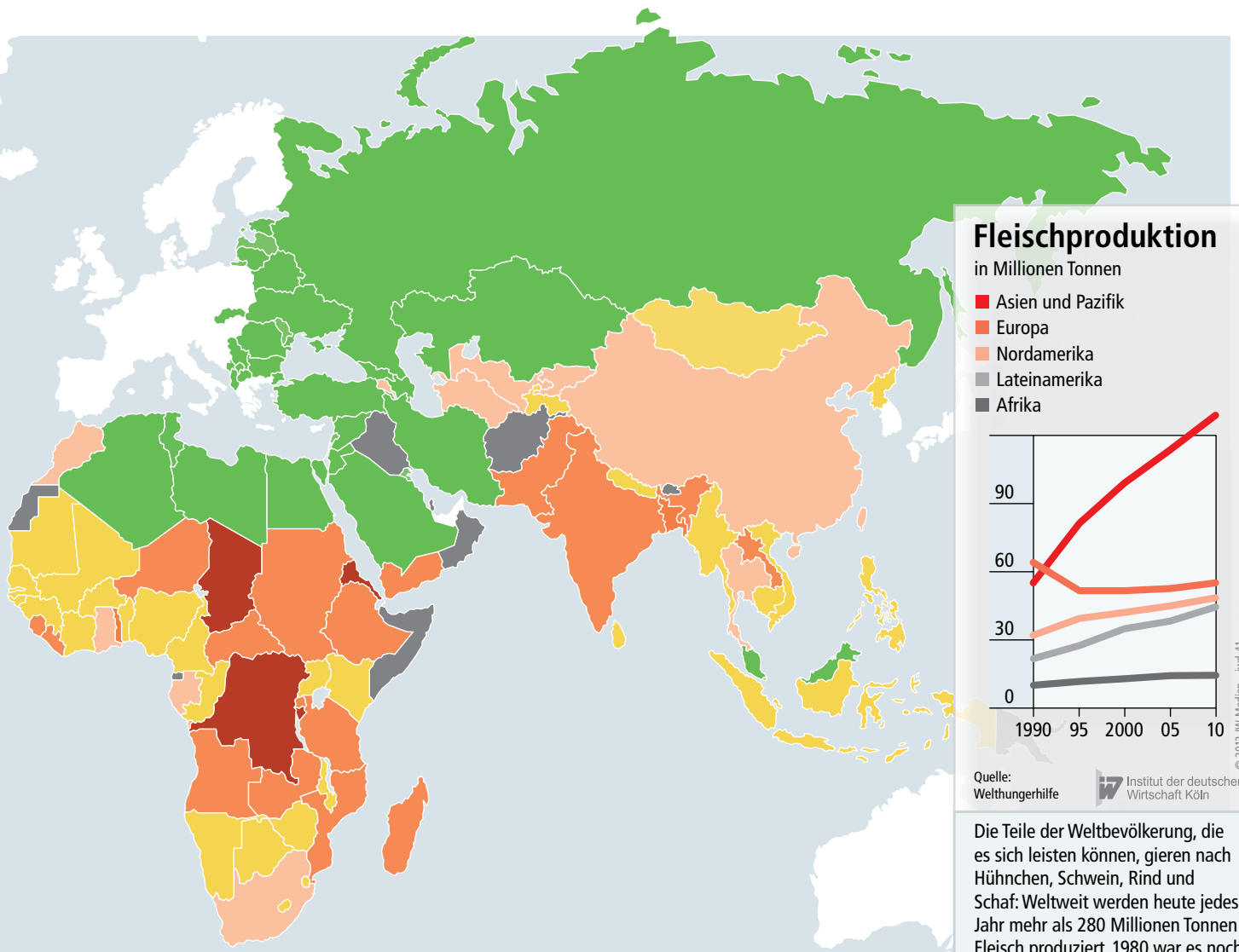


Quelle: Internationale Energieagentur

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - iwd 41

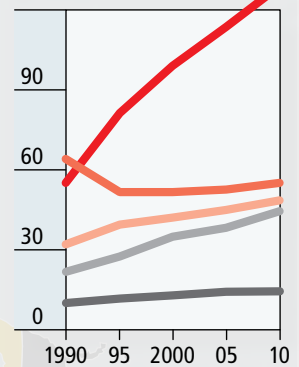
Momentan werden 1 bis 2 Prozent der weltweiten landwirtschaftlichen Nutzfläche zur Produktion von Biokraftstoffen genutzt – mit steigender Tendenz. Im Jahr 2011 flossen global allein 162 Millionen Tonnen Getreide in die Produktion von Biokraftstoffen. In den USA werden im Schnitt 40 Prozent der Maisernte zu Bioethanol verarbeitet, in Brasilien deckt der Transportsektor aufgrund jahrelanger staatlicher Förderprogramme mittlerweile mehr als die Hälfte seines Kraftstoffbedarfs mit Bioethanol. In Deutschland werden in diesem Jahr mehr als 20 Prozent des Ackerlands mit nachwachsenden Rohstoffen bepflanzt, um daraus Energie, Stärke oder Fasern zu gewinnen. Die Biokraftstoffproduktion trägt – zusammen mit anderen Faktoren wie Finanzspekulationen und dem Klimawandel – zu Agrarpreissteigerungen und somit zur Verschärfung der Hungerproblematik bei. Wenn die heute praktizierte Förderpolitik beibehalten wird – vor allem die USA und die EU kurbeln den Anbau von Biokraftstoffen künstlich an –, dürften die Nahrungsmittelpreise weiter kräftig steigen.



Fleischproduktion

in Millionen Tonnen

- Asien und Pazifik
- Europa
- Nordamerika
- Lateinamerika
- Afrika



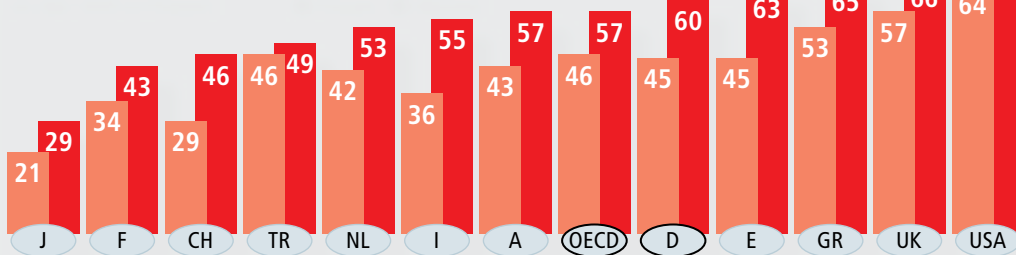
Quelle: Welthungerhilfe Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Die Teile der Weltbevölkerung, die es sich leisten können, gieren nach Hühnchen, Schwein, Rind und Schaf: Weltweit werden heute jedes Jahr mehr als 280 Millionen Tonnen Fleisch produziert, 1980 war es noch nicht mal halb so viel. Hauptursache für den Hunger auf Viehfleisch ist der wachsende Wohlstand – vor allem in den wirtschaftlich aufstrebenden Entwicklungsländern. Auf China beispielsweise entfällt mehr als ein Viertel der globalen Fleischproduktion – und des Konsums. Allerdings geben sich die Menschen in den Entwicklungsländern mit durchschnittlich 32 Kilogramm Fleisch im Jahr noch vergleichsweise zurückhaltend, in den Industrieländern isst statistisch betrachtet jeder Einwohner 81 Kilogramm pro Jahr. Der steigende Fleischverzehr hat seinen Preis: Mehr als ein Drittel der Weltgetreideernte wird mittlerweile verfüttert und steht für die menschliche Ernährung nur über den Umweg eines Tiers zur Verfügung. Dabei gehen sehr viele Nahrungskalorien verloren: Um eine Kalorie Rindfleisch zu erzeugen, müssen zehn pflanzliche Kalorien verfüttert werden.

Übergewicht bei Erwachsenen

im Jahr 2010 in Prozent

■ Frauen ■ Männer




TR=Türkei; Quelle: OECD

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Fettleibigkeit ist in den entwickelten OECD-Ländern ein weit verbreitetes Phänomen: Jeder Zweite hat bereits Übergewicht, also ein für seine Körpergröße zu hohes Gewicht, das mit Gesundheitsrisiken verbunden ist. Die Messgröße für Übergewicht und Fettleibigkeit ist der Body Mass Index (BMI). Er misst das Gewicht einer Person im Verhältnis zur Körpergröße. Wer einen BMI zwischen 25 und 30 hat, gilt laut Weltgesundheitsorganisation als übergewichtig, ab einem BMI-Wert von mehr als 30 ist man fettleibig. Ursachen für die wachsende Körperfülle sind ein wachsendes Nahrungsmittelangebot, veränderte Ernährungsgewohnheiten und zu wenig Bewegung. Besonders viele dicke Menschen gibt es in den USA, wo nur 6 Prozent der Weltbevölkerung leben, aber ein Drittel aller Übergewichtigen. Die Asiaten dagegen haben seltener Figurprobleme, Japan zählt die wenigsten Übergewichtigen aller OECD-Länder.

„Eine Nicht-Wachstumsgesellschaft ist kein soziales Paradies“

Berliner Gespräche. Welche Ursachen, Wirkungen und Grenzen hat Wachstum? Darüber diskutierte Michael Hüther mit Ralf Fücks und Uwe Schneidewind am 26. September im Rahmen der Berliner Gespräche des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW). Die Moderation übernahm Knut Bergmann. 

Der Leiter des Hauptstadtbüros des IW Köln, Knut Bergmann, erinnert in seinem Eingangstatement daran, dass Skepsis und Kritik beim Thema wirtschaftliches Wachstum in den Industrieländern eine lange Tradition haben.

IW-Direktor Michael Hüther weist in seinem Statement allerdings darauf hin, dass bei aller Wachstumskritik eines nicht vergessen werden dürfe: dass Wachstum und Lebenserwartung eng zusammenhängen. Beide seien zuletzt auf breiter Front gestiegen.

Es ist ein großer Irrtum anzunehmen, dass diese ökologischen Grenzen per se auch die Grenzen der ökonomischen Wertschöpfung bestimmen.

Ralf Fücks

Ralf Fücks, Chef der Heinrich-Böll-Stiftung, sorgt sich indes um das Erdklima und um zwei andere große Ökosysteme, die gegenwärtig überstrapaziert würden, nämlich die Bodenfruchtbarkeit und die Süßwasservorräte. „Es ist aber ein großer Irrtum, anzunehmen, dass diese ökologischen Grenzen per se auch die Grenzen der ökonomischen Wertschöpfung bestimmen.“

Der Vordenker der Grünen-nahen Böll-Stiftung hält es für unabdingbar, die Güter- und Dienstleistungs-

produktion vom Naturverbrauch abzukoppeln. Das sei eine gewaltige historische Herausforderung. Diese grüne industrielle Revolution müsse zweigleisig fahren – Ressourceneffizienz und Ersatz fossiler durch erneuerbare Energien.

Dafür brauche es in Deutschland allerdings einen grundlegenden Mentalitätswandel der Bevölkerung. Bislang stoße man aber noch allzu häufig auf Zukunfts- und Zivilisationspessimismus.

Uwe Schneidewind, Mitglied der Bundstags-Enquetekommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ und Präsident des Wuppertal Instituts wirft die Frage auf, wie man für 9 Milliarden Menschen Wohlstand innerhalb der Grenzen unseres Planeten organisiert. Er setzt bei der Beantwortung der Frage den Fokus aber anders als Fücks. Es gehe eben nicht nur um technologische Herausforderungen, sondern auch um institutionelle und soziale Innovationen.

Michael Hüther macht deutlich, dass wir bei der Lösung der Probleme vielfach noch im Nebel stolchern. Aber der technische Fortschritt habe auch bisher zu Lösungen geführt, die sich zuvor kein Mensch vorstellen konnte.

Die Lösungen für die zukünftigen Anforderungen seien bereits in den Köpfen der Menschen angelegt, da müsse man ran. Aber wie?, fragt der IW-Chef und gibt gleich die Ant-

wort: „Da gelten immer noch die Ausführungen von Hayek – am besten über ein System, das über Preissignale Anreize setzt.“

Fücks fordert indes mehr Begeisterung für die nächste industrielle Revolution: „Statt immer vor dem Machbarkeitswahn zu warnen, brauchen wir so was wie eine Kultur des Machens.“

Der ehemalige Bremer Umweltsenator kann die weit verbreitete

Die Frage lautet ja, wie organisiere ich für 9 Milliarden Menschen Wohlstand innerhalb der planetarischen Grenzen.

Uwe Schneidewind

Wachstumsskepsis und Wachstums- müdigkeit allerdings auch begründen. Das habe viel mit dem Eindruck der Leute zu tun, die Früchte des Wachstums würden völlig einseitig verteilt. Und wenn das nicht korrigiert werde, dann verliere dieses Modell immer stärker an Akzeptanz.

Die Wachstumskritiker würden ihrerseits aber auch immer verdrängen, dass eine Nicht-Wachstumsgesellschaft alles andere als ein soziales Paradies sei. „Das wäre eine Gesellschaft mit brutalen Verteilungskonflikten.“

Man müsse sich doch nur die Debatte um die Eurokrise vergegenwärtigen, in der alle Beteiligten auf Wirtschaftswachstum setzen, weil natürlich klar sei, dass sich Europa aus dieser Schuldenkrise nicht einfach herausparen könne. Fücks plädiert aus diesem Grund für ein



Die Gesprächspartner

von links nach rechts

Prof. Dr. Uwe Schneidewind, Präsident des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie und Sachverständiger der Enquetekommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ des Deutschen Bundestags.

Prof. Dr. Michael Hüther, Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln.

Ralf Fücks, Mitglied des Vorstands der Heinrich-Böll-Stiftung, 1991 bis 1995 war er Bremer Umweltsenator einer Ampelkoalition aus SPD, FDP und Grünen.

Dr. Knut Bergmann, Leiter des Hauptstadtbüros des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln.

© Foto: Peter Lorenz

Wachstumsmodell, das auf Nachhaltigkeit setzt.

IW-Chef Hüther fügt hinzu, Deutschland sei hier auf einem guten Weg, denn die deutsche Volkswirtschaft habe keine schlechteren ökologischen Ergebnisse als Länder, die viel weniger Industrie haben: „Wir haben eine hoch effiziente Industrie, die sich jedoch immer noch weiterentwickeln kann und muss“, sagt Hüther – die Frage sei nun, in welcher Form. Wir bräuchten beispielsweise Techniken, die uns etwa in der Energieproduktion andere Möglichkeiten bieten.

Fücks ist sich allerdings nicht so sicher, ob die Bundesbürger bei all dem mitziehen: „Wir haben einen dramatischen Wertewandel.“ Die überwiegende Mehrheit der Gesellschaft wolle weg vom Wachstum, dafür dominierten zwei andere Werte: Stabilität und Sicherheit.

Mit dem demografischen Wandel, der Alterung der Gesellschaft, träten Sicherheitsbedürfnisse in den Vordergrund, glaubt Fücks. Die Verunsicherung durch die Globalisierung habe darüber hinaus das Gefühl des

Kontrollverlusts über das eigene Leben verstärkt. Deshalb gebe es kein Vertrauen mehr, dass die nächste Generation besser leben wird als die heutige.

Michael Hüther stimmt dem zu. Um die gleiche Wachstumsdynamik

Wir als Volkswirtschaft sind mit unseren ökologischen Ergebnissen nicht schlechter als die Länder, die weniger Industrie haben.

Michael Hüther

zu erreichen wie vor 30 oder 40 Jahren, müssten sich die Menschen inzwischen viel mehr anstrengen. Zudem müsse man sich heute selbst um die Absicherung mancher Risiken kümmern. In der Frage des Bildungssparens müsse jeder aktiv werden oder sich über Zusatzelemente in der Rente Gedanken machen.

Das sei zwar der richtige Weg, aber es führe natürlich dazu, dass die Menschen möglicherweise mit dem Wunsch reagieren, doch in irgendeiner Form eine höhere Stabilität und

Sicherheit zu haben, räumt der IW-Direktor ein.

Der Chef der Böll-Stiftung ergänzt, dass sich dieses Gefühl ausbreite, man müsse sich immer mehr anstrengen, um noch bescheidene Zuwächse an Einkommen und Lebensstandard zu erzielen: „Und das wirft natürlich Fragen auf. Lohnt sich das noch oder will ich nicht lieber umschalten auf ein beschaulicheres Leben, in dem es viel weniger um materielle Güter geht, sondern um eine Lebensqualität, die möglicherweise auch mit einem geringeren Einkommen möglich ist?“


Ein neues Gleichgewicht zu finden zwischen postmateriellen Werten und der Notwendigkeit und vielleicht sogar der Freude an Entwicklung, Modernisierung und Innovation, das ist für Fücks ein Prozess, der gerade erst angefangen hat.



Die Statements zum Nachhören:

www.iwkoeln.de/berlinergerespraech_audiostream

Kindergarten macht klug

Alleinerziehende. Die PISA-Ergebnisse belegen, dass von einem längeren Kindergartenbesuch alle Kinder profitieren, insbesondere aber die von Alleinerziehenden. 

Das Ergebnis muss selbst vehemente Befürworter des Betreuungsgelds stutzig machen: Der Besuch eines Kindergartens macht klug – und je länger der Nachwuchs in die Kita geht, desto besser (Grafik):

Jugendliche, die als Drei- bis Sechsjährige länger als ein Jahr einen Kindergarten besucht haben, weisen bessere Schulleistungen auf als gleichaltrige Mitschüler, die nur kurz oder gar nicht in einer Kita waren.

Dieser Fördereffekt ist bei Kindern von Alleinerziehenden größer als beim Nachwuchs aus Paarfamilien. Besuchen Kinder aus Ein-Eltern-Familien für mehr als ein Jahr einen Kindergarten, dann haben sie als Jugendliche im Lesen, in Mathematik und in den Naturwissenschaften

Frühkindliche Bildung fruchtet



Lesbeispiel: 17 Prozent der Kinder von Alleinerziehenden, die den Kindergarten länger als ein Jahr besucht haben, weisen mit 15 Jahren geringe Kompetenzwerte im Lesen auf, 72 Prozent weisen mittlere und 11 Prozent hohe Kompetenzwerte auf.

So viel Prozent der 15-Jährigen besuchten früher einen Kindergarten ...

	... länger als ein Jahr		... kürzer als ein Jahr	
	Alleinerziehend	Paarfamilie	Alleinerziehend	Paarfamilie
Lesen				
geringe Kompetenz	17	12	39	27
mittlere Kompetenz	72	79	58	71
hohe Kompetenz	11	9	3	2
Mathematik				
geringe Kompetenz	20	15	41	32
mittlere Kompetenz	66	71	56	63
hohe Kompetenz	15	15	3	5
Naturwissenschaften				
geringe Kompetenz	17	12	39	28
mittlere Kompetenz	74	81	58	70
hohe Kompetenz	9	7	3	2

Stand: 2009; geringe Kompetenz: maximal Kompetenzstufe 1 bei PISA; mittlere Kompetenz: Kompetenzstufe 2 bis 4 bei PISA; hohe Kompetenz: mindestens Kompetenzstufe 5 bei PISA; Ursprungsdaten: PISA-Daten

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - Iwd 41 - Foto: Betu-Artworks - Fotolia.com

ten eine um 41 bis 54 PISA-Punkte höhere Kompetenz – das entspricht dem Lernzuwachs von mehr als einem Schuljahr. Bei Kindern aus Paarfamilien steigen die Kompetenzen nur um 16 bis 27 Punkte.

Von der frühkindlichen Bildung profitieren jedoch nicht nur die Jungen und Mädchen, sondern indirekt auch die Eltern. Sie haben mehr Freiräume, um einer Berufstätigkeit nachzugehen. Dies gilt vor allem dann, wenn die Kinder eine Ganztageseinrichtung besuchen.

Ein besserer Zugang zum Arbeitsmarkt wiederum hilft insbesondere Alleinerziehenden, denn sie sind viel stärker von Armut bedroht als andere Eltern (vgl. Iwd 14/2012). Ne-

gative Rückwirkungen auf die schulischen Leistungen ihrer Kinder müssen die Alleinerziehenden deshalb nicht befürchten: Die Erwerbstätigkeit der Mutter oder des Vaters hat keine signifikanten Auswirkungen auf das spätere Kompetenzniveau der Kinder.

Adressaufkleber



IW-Analysen Nr. 80

Christina Anger, Mira Fischer, Wido Geis, Sebastian Lotz, Axel Plünnecke, Jörg Schmidt: Ganztagsbetreuung von Kindern Alleinerziehender – Auswirkungen auf das Wohlergehen der Kinder, die ökonomische Lage der Familie und die Gesamtwirtschaft, Köln 2012, 100 Seiten, 19,90 Euro.

Versandkostenfreie Bestellung unter: www.iwmedien.de/bookshop

Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln
Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)
Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Sylvia Miskowicz, Berit Schmiedendorf, Alexander Weber
Redaktionsassistent: Angelika Goldenberg
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,47/ Monat, zzgl. € 3,01 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Aboservice: 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445
Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem Iwd wird einmal monatlich (außer Januar und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
 Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

IW.KÖLN.WISSEN
 SCHAFFT KOMPETENZ.